

Ernst-Otto Czempel: „Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?“, in: ZIB 1996, H. 1, S.79-101

Zwei Aussagen aus Kants Abhandlung „Über den ewigen Frieden“ nutzt Czempel für seine Argumentation, warum selbst demokratische Staaten sich noch immer nicht durch gewaltlose Außenpolitik auszeichneten: Einerseits die Annahme, dass Krieg erst dann aufhören wird, wenn „diejenigen, die unter ihm zu leiden haben, über ihn beschließen können.“ und andererseits die Notwendigkeit des Föderalismus zwischen den Staaten, zusammengeschlossen in einem „Friedensbund“. Beides böte nach C. eine echte Friedensstrategie, denn bisher sei zwar das ‚empirische Gesetz‘, von der Friedlichkeit demokratischer Staaten untereinander nicht widerlegt, doch bestehe weiterhin das Problem, das auch demokratische Staaten sich gegenüber nicht-demokratischen Staaten kriegerisch verhalten würden. Das gewaltvolle Verhalten demokratischer Staaten untersucht er -ausgehend von Kants Theorem- auf nationaler wie internationaler Ebene. Einerseits nimmt C. an, dass die sich als demokratisch bezeichnenden keine Republiken wie von Kant definiert sind, da es Mängel in der „adäquaten Umwandlung gesellschaftlicher Anforderungen in Entscheidungen des politischen Systems“ gäbe und zum anderen dass auf der Ebene der internationalen Beziehungen trotz bestehender zahlreicher Bündnisse immer noch anarchische Zustände herrschten.

Für das nationale politische System definiert C. grundlegende Bedingungen, die ein gewaltfreies Verhalten sichern könnten. Gesellschaftlich müsse es eine breite wohlhabende, durch Politik und Medien adäquat informierte und mit genügend Kontrollmöglichkeiten ausgestattete Mittelstandsgesellschaft sein, deren Entschlüsse unverzerrt im politischen System umgesetzt werden müssten und die im Falle der Entscheidung für Krieg gleichmäßig an den anfallenden Belastungen beteiligt sein müsste. Auf internationaler Ebene erkennt C. vier aus der Theorie des Realismus abgeleitete Gewaltursachen. Es sei die anarchische Struktur der bestehenden internationalen Beziehungen, mit zusätzlich ungleicher Machtverteilung, was dann alle Staaten zur Sicherheitsvorsorge durch Aufrüstung zwingt und dadurch zu einem ‚Sicherheitsdilemma‘ führen würde. Das Zusammenspiel großer Kollektive auf internationaler Ebene entwickle eine schwer zu durchschauende und gefährliche Eigendynamik, besonders unter dem Gesichtspunkt der strategischen Inkompetenz der politischen Entscheidungsträger und Akteure.

Trotz zunehmender Demokratisierung erfüllten viele Demokratien, darunter auch die USA und die europäischen Staaten, diese Anforderungen heute noch nicht, weshalb auch von einem friedlichen Verhalten dieser nicht gesprochen werden könne und somit das empirische Gesetz ‚Democracies don’t fight each other‘ nur begrenzt Gültigkeit hat.